

Libyen streitet Misshandlung von Eritreern ab

Al-Jazeera

Das libysche Außenministerium hat bestritten, dass eritreische Migranten auf seinem Territorium in irgendeiner Form misshandelt worden sind. Es reagierte damit auf entsprechende Behauptungen von Menschenrechtsgruppen und der Opposition in Italien.

In einer Erklärung des Ministeriums hieß es, in Libyen betrachte man die Migranten, aus einem humanitären und moralischen Blickwinkel, als Gäste auf Zeit, bis sie in ihr Herkunftsland zurückkehren.

In der Erklärung, welche Al-Jazeera vorliegt, wird betont, die Art, wie die Migranten aus Eritrea behandelt würden, sei an sich schon „eine Widerlegung der Anschuldigungen, wie sie einige tendenziöse Medien verbreiteten, um dem Ansehen der Großen Volksrepublik [gemeint ist Libyen, Anm. d. Übers.] zu schaden.“

Die Verlautbarung ist die Reaktion auf einen Streit in Italien, ausgelöst von der italienischen Opposition. Diese hatte der Regierung zum einen vorgeworfen, zuzulassen, dass 245 eritreische Flüchtlinge in Libyen misshandelt würden; zum anderen, diese Menschen des Asylrechts beraubt zu haben, als italienische Patrouillen sie nach Libyen zurückschickten.

Die Verlautbarung schildert ausführlich, was Libyen durch die Migrationswellen [sic] zu erleiden, sowie die Kosten, die man wegen der Migranten zu tragen habe. Außerdem heißt es in dem Text, Libyen habe humanitären und Menschenrechtsgruppen sowie diplomatischen Vertretern Eritreas Zugang zu den Aufnahmezentren gewährt, um sich über die Lage der Flüchtlinge zu informieren.

Libyen habe mit Maßnahmen zur Aufnahme und Integration der illegalen eritreischen Einwanderer begonnen, so das Regierungspapier, welches außerdem darauf verweist, dass sich in Libyen mehr als drei Millionen illegale Einwanderer befänden.

Das Verschwinden und Sterben der Migranten in der Wüste und auf See werde weitergehen, solange man sich nicht auf realistische Weise mit den Ursachen beschäftige, warum diese Menschen ihre Länder verlassen.

In dem Papier wird ein Dialog zwischen Herkunfts-, Ziel- und Transitländern gefordert, „durch den die Zielländer sich verpflichten, die materiellen Lasten von Entwicklungs- und Investitionsprojekten in den Herkunftsländern zu tragen und die Transitländer in ihren Kapazitäten materiell und technisch zu unterstützen, um diesem Phänomen Einhalt zu gebieten“.

Beschämend

Indessen appellierten Menschenrechtsgruppen an die italienische Regierung, ihre Haltung gegenüber den Eritreern zu revidieren und ihnen Asylrecht zu gewähren. Viele von ihnen würden während ihrer Haft misshandelt, betonten sie.

„Was jenen Eritreern geschieht, ist beschämend“, meint Paolo Ferrero von der Partei Rifondazione Comunista und missbilligte, dass die Regierung sie des Rechts auf Asyl beraubt habe.

Zuvor hatte der europäische Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg erklärt, er habe Be-

richte darüber erhalten, dass die libysche Militärpolizei gegenüber den Migranten gewalttätig gewesen sei. Infolgedessen seien einige von ihnen schwer verletzt worden.

Hammarberg forderte von den beiden italienischen Ministern des Inneren und des Äußeren, sich bei den libyschen Behörden rasch für eine Aufklärung der Situation der Migranten einzusetzen.

Im Rahmen eines neuen Abkommens mit Libyen hatte Italien vergangenes Jahr damit begonnen, Migranten, die es auf See stoppt, zurückzuschicken.

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg